

Schwerpunkt 100 Tage Regierung Hasler

Die liechtensteinische Regierung mit vier neuen Ministern hat grosse Herausforderungen zu bewältigen. Viele grosse Probleme des Landes müssen zeitnah gelöst werden, um noch grössere Probleme zu verhindern. Für die Wirtschaft sind die Erhaltung und Verbesserung der Standortvorteile und die Reduzierung der Standortnachteile in wirtschaftlich turbulenten Zeiten noch wichtiger als sonst. Für den Industriestandort kann die vor einiger Zeit vom Vorstand der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer (LIHK) erarbeitete Vision 2020 eine erfolgversprechende Richtung vorgeben. Um über die vorgeschlagenen Umsetzungsmassnahmen und

andere wichtige Anliegen der Wirtschaft zu sprechen ist dem LIHK-Vorstand daher ein intensiver Austausch mit der Regierung und dem Landtag sehr wichtig. Der Vorstand der LIHK traf sich deshalb bereits im Mai zur ersten Besprechung mit der neuen Regierung. Zentrales Thema des Dialogs waren der Staatshaushalt und die anstehenden und bereits eingeleiteten Massnahmen. Die Problematik und die möglichen Lösungen wurden intensiv diskutiert. Erklärtes Ziel der Regierung ist es, ab 2017 wieder einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Dieses Ziel unterstützt der LIHK-Vorstand als prioritäres Anliegen für eine erfolgreiche Zukunft des Wirtschaftsstandorts.

Gastkommentar Dialog führt zu guten Lösungen



JOSEF BECK
LIHK-GESCHÄFTSFÜHRER

Weitere für den Wirtschaftsstandort Liechtenstein wichtige Themen wie die Versorgungssicherheit der Wirt-

schaft, die verkehrstechnische Erreichbarkeit und die Zukunft der Sozialsysteme standen beim ersten Gespräch mit der neuen Regierung ebenfalls zur Diskussion. Die verantwortlichen Regierungsmitglieder informierten über den Stand dieser Themen und deren voraussichtliche Entwicklung. Diese Art von konstruktivem Dialog mit der Regierung ist dem LIHK-Vorstand ausserordentlich wichtig, noch mehr in dieser Zeit der grossen Herausforderungen, die aus unserer Sicht nur gemeinsam gemeistert werden können. Auch die Regierung beurteilt den gegenseitigen Austausch als nötig und wichtig und begrüsst diese Art von Gesprächen, die in dieser speziellen Zeit für

Liechtenstein in einer höheren Frequenz als in «normalen» Jahren zu geschehen haben. Politik und Wirtschaft anerkennen den hohen Wert der kurzen Wege, zum Wohl einer erfolgreichen Zukunft des Landes und seiner Unternehmen. Ein intensiver Dialog mit der Regierung ergibt automatisch auch ein besseres Verständnis für die Anliegen der international tätigen liechtensteinischen Unternehmen, die sich mit einem extrem kleinen Heimmarkt im globalen Wettbewerb behaupten müssen. Sowohl die Regierung wie auch die Wirtschaft werden sich in den nächsten Monaten und Jahren grossen Herausforderungen stellen müssen.

Gastkommentar Enkeltauglich sparen



ANDREA MATT
LGU-GESCHÄFTSFÜHRERIN

Ein eisernen Sparwillen demonstrieren Regierung und Landtag in ihren ersten 100 Tagen. Das ist notwendig und wird auch von allen Seiten akzeptiert. Umstritten ist jedoch, wo der Sparstift angesetzt werden soll. Zeigt dies doch klar auf, welche Werte in Liechtenstein welchen Stellenwert haben. Der Nachhaltigkeit, also dem enkeltauglichen Handeln, haben sich die Grossparteien im Koalitionsprogramm verpflichtet. In den Gesprächen ist spürbar, dass die Regierung und auch einige Mitglieder des Landtags tatsächlich soziale und ökologische Anliegen stärker berücksichtigen möchten. Ob den Worten konkrete Taten folgen werden, ist allerdings völlig offen. Und gänzlich unklar ist, ob die Mehrheit des Landtags und der Bevölkerung einen nachhaltigen Kurs der Regierung überhaupt mittragen wird. Dass die Regierung hier noch bessere Überzeugungsarbeit leisten muss, ist beim Sparscheid des Landtags bei LIEmobil klar geworden. Der Rotstift wurde bei den Menschen angesetzt, die sich umweltfreundlich verhalten. Dass die Schülerrabos wegfallen könnten, wird vor allem sozial schwache Familien treffen. Dabei zeigen die Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung klar auf, wie schlecht es bei uns um die Mobilität steht. Der Anteil des umweltfreundlichen Personenverkehrs ist seit etwa 20 Jahren rückläufig. Dafür wächst der Motorisierungsgrad. Kein Wunder. Wird doch das Autofahren

stärker gefördert als das Busfahren. Jahr für Jahr fliessen fast doppelt so viele Steuergelder in den Strassenverkehr wie in das Bussystem. Die Preise für die Busabonnements haben sich seit 1995 vervierfacht. Die Höhe der Motorfahrzeugsteuer hingegen ist gleich geblieben. Wenn die Politik tatsächlich eine nachhaltige Mobilität will, darf sie nicht das umweltfreundliche Verhalten teurer machen und das umweltschädliche Verhalten viel höher subventionieren. Enkeltaugliche Entscheidungen sehen genau umgekehrt aus.

Thalwil als Vorbild

Was muss sich ändern? Bei jeder Entscheidung ist auch die Wirkung auf das mit ihr zusammenhängende System einzubeziehen. Auswirkungen, die erst Jahre später sichtbar werden, müssen bereits bei der Entscheidung einkalkuliert werden. Dass das möglich ist, zeigt die Gemeinde Thalwil. Sie entscheidet seit langem auf der Grundlage einer sogenannten «TripleBudgetierung». Dort fliesst nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die ökologische und soziale Wertschöpfung in Entscheidungen ein. Folgeschäden - zum Beispiel die Zerstörung von Ackerbauflächen - werden monetär berechnet und einem Vorhaben als Kosten belastet. Wird ein Altersleitbild erfüllt, erhält das Vorhaben einen Bonus. Projekte werden so optimiert, dass in allen drei Bereichen eine vergleichbare Wertschöpfung entsteht. Derartige Entscheidungsgrundlagen sind notwendig und sollten in den Vorlagen für den Landtag selbstverständlich werden. Da sich die Regierung in den Gesprächen mit der LGU offen für neue, konstruktive Vorschläge zeigt, besteht Hoffnung, dass solche Ideen positiv aufgenommen werden. Denn allen ist klar: Wer nachhaltig sparen will, muss heute bei jeder Entscheidung berücksichtigen, welcher Nutzen zwei Generationen später entsteht. Erst wenn wir dabei nicht nur an das Geld, sondern auch an die Lebensqualität der Menschen und an die Umwelt denken, sparen wir enkeltauglich.

Verbände ziehen erstes Fazit

Bewertung Nach der 100-Tage-Bilanz der Regierungsmitglieder in der Dienstagsausgabe nehmen heute vier Verbände Stellung zur bisherigen Arbeit der neuen Regierung.

VON MARTIN HASLER

Aus Sicht der Verantwortlichen ist die Arbeit der neuen Regierung sehr gut angelaufen: Das zeigte sich nicht nur bei einer Umfrage des «Volksblatts» unter den Regierungsräten vom Dienstag, sondern auch bei einer Diskussion des Presseclubs mit Regierungschef Adrian Hasler und Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zweifelhofer am Montagabend. Die Geschäftsführer von vier Verbänden, die sich zu einer Stellungnahme bereit erklärten, ziehen ebenfalls ein gesamthaft positives Fazit zur bishe-

rigen Regierungsarbeit - zu Wort kommen dabei die Industrie- und Handelskammer (LIHK), der Bankenverband (LBV), die Treuhändervereinigung (THV) und die Gesellschaft für Umweltschutz (LGU). LIHK-Geschäftsführer Josef Beck ist überzeugt, dass die anstehenden Herausforderungen nur durch einen intensiven Dialog zwischen Regierung und Wirtschaft gelöst werden können. Ähnlich äussert sich THV-Geschäftsführer Clemens Latenser, der lobend sagt: «Die neue Regierung hat es verstanden, die Zusammenarbeit mit den Verbän-

den auf eine neue, gemeinsame Ebene zu bringen.» Geschäftsführer Simon Tribelhorn bekräftigt den Willen zum Dialog auch vonseiten des LBV, um die erfolgreiche Zukunft des Finanzplatzes Liechtenstein zu sichern. LGU-Geschäftsführerin Andrea Matt ruft ihrerseits dazu auf, dass bei den Sparmassnahmen das im Koalitionsvertrag festgehaltene «enkeltaugliche Handeln» nicht vergessen werden darf. Nachhaltiges Sparen sei nur möglich, ist sie überzeugt, wenn auch auf die zukünftigen Generationen Rücksicht genommen werde.

Der Bankenverband konnte mit der neuen Regierung bereits einen guten und konstruktiven Dialog entwickeln. Der Einbezug unseres wichtigen Wirtschaftsverbandes funktioniert und wird sehr geschätzt. Was die Zusammenarbeit und den weiteren Dialog betrifft, so blicken wir zuversichtlich in die Zukunft und wünschen uns natürlich einen weiteren fruchtbaren Austausch.

Neue Strategie umsetzen

Die neue Regierung steht vor grossen Herausforderungen. Dazu gehört neben der Sanierung des Staatshaushaltes vor allem auch die Sicherung der Stabilität und guten Rahmenbedingungen am Finanzplatz. Der Bankenverband und die ihm angeschlossenen Banken können hier einen wichtigen Beitrag leisten und Know-how zur Verfügung stellen. Wir haben uns in den vergangenen Jahren stets als verlässlicher Partner für die weitere Entwicklung des Finanzplatzes erwiesen. Ein Schwerpunkt der Regierung wird die Umsetzung der integrierten Finanzplatzstrategie sein und es ist gut, dass die Regierung dabei die aktuel-

Gastkommentar Eingeschlagenen Weg weiterführen



SIMON TRIBELHORN
LBV-GESCHÄFTSFÜHRER

len Entwicklungen im Auge behält, um den Finanzplatz in Zusammenarbeit mit den Verbänden gut positionieren zu können. Es ist uns ein wichtiges Anliegen, dass Liechtenstein auch in Zukunft als verlässlicher und glaubwürdiger Partner wahrgenommen wird. Wir erwarten von der Regierung, dass der Kurs im Sinne der neuen zukunftsgerichteten Strategie fortgesetzt wird, dazu gehören insbesondere die konsequente Weiterverfolgung des eingeschlagenen Wegs hin-

sichtlich Steuerkonformität, der weitere Ausbau des DBA-Netzwerkes und ganz generell die Aufrechterhaltung und Pflege auch der guten internationalen Beziehungen. Es ist wichtig, einheitliche Signale ins Ausland zu senden, die klar machen, dass wir konsequent eine Steuerkonformitätsstrategie verfolgen und dass wir uns unserer Verantwortung insbesondere als Kleinstaat in Europa bewusst sind.

In Zukunft investieren

Bezüglich des Standortes Liechtensteins ist es auch für den Bankenplatz sehr wichtig, dass der Staatshaushalt konsolidiert werden kann und auf eine solide Basis gestellt wird. Es ist richtig, dass die Regierung diese wichtige Aufgabe mit höchster Priorität angehen will. Nicht zuletzt hängt davon das positive Länderrating ab. Neben all den Sparbemühungen ist es aber ebenso wichtig, auch Investitionen in die Zukunft vorzunehmen. Das verlangt einen nicht einfachen Balanceakt, ist aber unabdingbar für eine prosperierende Zukunft unseres Landes. Wir haben als Standort eine grosse Chance, die wir nutzen wollen.

Die Herausforderungen an die neue Regierung sind dieselben geblieben: Über den Liechtensteiner Finanzplatz fegt noch immer ein heftiger Sturm - die Anforderungen der internationalen Staatengemeinschaft hinsichtlich umfassender Transparenz lassen nicht nach und stellen die Finanzbranche vor enorme Herausforderungen. Die Schnelligkeit der Entwicklungen ist atemberaubend. Die überbordende EU-Regulierung und nicht zuletzt der Drang zum automatischen Informationsaustausch erzwingen strukturelle Veränderungen - sowohl auf Unternehmens- als auch auf staatlicher Ebene. Die traditionell kleinen bis mittleren Unternehmen am Platz Liechtenstein sind mit der Fülle an regulatorischen Vorgaben zuneh-

Gastkommentar Neue Regierung - dieselben Herausforderungen



CLEMENS LATENSER
THV-GESCHÄFTSFÜHRER

mend überfordert; Liechtenstein steht als Kleinstaat einer ähnlichen

Belastungsprobe gegenüber. Das Loch im Staatshaushalt verlangt nach einschneidenden Sparpaketen; gleichzeitig werden immer neue Ansprüche an den Staat herangetragen, von innen wie von aussen. Wir müssen je länger je mehr erkennen, dass wir an unsere Grenzen stossen, personell und finanziell.

Gemeinsames Handeln

Zu bewältigen sind diese Herausforderungen - wenn überhaupt - nur gemeinsam. Zumindest diese Erkenntnis hat sich allenthalben durchgesetzt. Der Einbezug aller Kräfte war denn auch ein beherrschendes Wahlkampfthema und erklärte Versprechen aller Parteien. Nichts wirklich Neues: Schon die Vorgängerregierungen versprachen den Einbezug aller Kräfte. Die Ver-

bände hörten deshalb zwar die Botschaft der Spitzenkandidaten, allein der Glaube fehlte. Auch die Regierung Hasler konnte noch keine Wunder bewirken. Allein die Einarbeitung in die umfangreichen Dossiers liess das Licht im Regierungsgebäude regelmässig bis spät in die Nacht nicht ausgehen. Die berühmt-berüchtigte 100-Tage-Bilanz der Regierung zeigt insofern also keine wirklichen Überraschungen.

Betroffene einbeziehen

Mit einer gewichtigen Ausnahme: Die neue Regierung hat es verstanden, die Zusammenarbeit mit den Verbänden auf eine neue, gemeinsame Ebene zu bringen. Nicht nur ist das ehrliche Bestreben erkennbar, frühzeitig über zentrale Ent-

wicklungen auf politischer Ebene zu informieren; wir erkennen darüber hinaus den Willen, die Meinung der Betroffenen vor richtungweisenden Entscheiden rechtzeitig einzuholen. Genau so müssen die viel beschworenen kurzen Wege in unserem Land funktionieren, damit wir unsere Chancen für die Zukunft wahren können. Resultat dieser neuen Zusammenarbeit ist eine optimale Meinungsbildung im Inneren sowie ein geschlossenes Auftreten nach aussen. Wichtig bleibt, dass die Meinungen in den Umsetzungsprozess einfließen. Wir denken, dass diese Voraussetzung nunmehr eher gegeben ist. Die Herausforderungen werden dadurch nicht kleiner, aber die Spielräume grösser. Wir blicken durchaus optimistischer in die Zukunft.